

Das überzeugendste Angebot

Bei höheren Abgaben für Reiche geht es nicht nur um Einnahmen für den Staat, sondern ebenso um Gerechtigkeit, sagt der LINKE Finanzexperte **AXEL TROOST**

Sanktionsfreie Mindestsicherung, Mindestrente, ein Investitionsprogramm in dreistelliger Milliardenhöhe und einiges mehr. DIE LINKE hat viel vor.

Wie soll das finanziert werden?

Ganz klar – ein starker Wohlfahrtsstaat finanziert sich über höhere Steuereinnahmen. Das geht nur mehrgleisig: Wir wollen bei großen Vermögen, hohen Einkommen und bei profitablen Unternehmen ansetzen. Diese wurden in den letzten Jahren steuerlich deutlich entlastet, ohne dass dies nötig war. Die Schere zwischen Arm und Reich ist dadurch auseinandergegangen. Insofern geht es in unserem Steuerkonzept nicht nur um Einnahmen, sondern auch um Gerechtigkeit. Unsere Millionärsteuer auf Vermögen ab einer Million Euro würde erstens dafür sorgen, dass seit 1997 endlich wieder eine Vermögensteuer erhoben wird. Zweitens sollen Unternehmen eine höhere Körperschaftsteuer zahlen. Eine reformierte Erbschaftsteuer würde drittens verhindern, dass unangemessene Reichtümer innerhalb einer kleinen Elite übertragen werden. Eine Finanztransaktionsteuer würde viertens spekulative Geschäfte an den Finanzmärkten zurückdrängen. Und nicht zuletzt wollen wir Steuerhinterziehung wirkungsvoll bekämpfen und den Steuervollzug verbessern, damit nicht der Ehrliche der Dumme ist.

DIE LINKE will auch eine große Einkommensteuerreform. Wer soll entlastet werden und wer mehr Steuern zahlen?

Wir wollen eine aufkommensneutrale Reform, das heißt keine Einnahmeverluste in der Einkommensteuer. Wir ändern den Tarifverlauf aber so, dass Reiche künftig mehr zahlen und alle anderen weniger. Nach unseren Vorstellungen soll ein Einkommen von monatlich 1050 Euro steuerfrei sein. Das ist ein Einkommen in Höhe unserer sanktionsfreien Grundsicherung. Dazu wollen

wir den Grundfreibetrag von derzeit 8.820 Euro auf 12.600 Euro anheben. Ab dann soll der Steuersatz von 14 Prozent allmählich auf 53 Prozent ab 70.000 Euro steigen. Für ganz hohe Einkommen soll zusätzlich eine Reichensteuer greifen.

Nach unserem Konzept gilt: Wer weniger als 7.100 Euro brutto im Monat Einkommen hat, muss weniger Steuern bezahlen, wer über ein höheres Einkommen verfügt, wird belastet. Das ist die Hauptbotschaft, die wir nach außen tragen. Zusätzlich wollen wir die Abgeltungsteuer abschaffen, damit Einkommen aus Geldanlagen endlich wieder so besteuert wird, wie Einkommen aus Arbeit.

Immer wieder wird kritisiert, dass der Spitzensteuersatz im LINKEN Konzept bei 70.000 Euro zu früh ansetzt und erst bei 100.000 Euro beginnen sollte. Was sagst du dazu?

Ein Jahreseinkommen von 70.000 Euro brutto für Alleinstehende bedeutet fast 6.000 Euro im Monat, und das ist schon ganz ordentlich. Natürlich gibt es noch viele Menschen, die deutlich mehr verdienen. Ein Spitzenfußballer leistet aber nicht das Hundertfache eines Stabhochspringers und ein Topmanager nicht das Hundertfache einer Erzieherin. Insofern muss man keine Skrupel haben, diese ungerechtfertigten Markteinkommen stark zu besteuern. Ab 260.000 Euro wollen wir eine Reichensteuer von 60 Prozent und ab einer Million Euro von 75 Prozent.

Die genannten Sätze gelten auch immer erst ab dem jeweiligen Schwellenwert. Was darunter liegt, wird niedriger besteuert. Auf die ersten 72.000 Euro werden Steuern in Höhe von insgesamt 30 Prozent fällig, der sogenannte Durchschnittssteuersatz beträgt also weniger als ein Drittel. Erst wer mehr verdient, bezahlt dann für jeden weiteren Euro den Spitzensteuersatz beziehungsweise die Reichensteuer.



Axel Troost ist stellvertretender Parteivorsitzender und finanzpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion

Wer nichts oder sehr wenig verdient, zahlt schon jetzt wenig Steuern. Wie unterstützt DIE LINKE diese Menschen?

Der Sozialstaat lenkt nicht nur mit Steuern, sondern auch mit Transferleistungen. Die lassen sich aber nur mit Steuereinnahmen finanzieren, genauso wie eine gute öffentliche Daseinsvorsorge. Das macht Steuern so wichtig.

Aber letztlich muss man nicht nur Gelder bereitstellen, sondern auch die Regeln ändern. Wir wollen, dass jede und jeder, der und die arbeitet, auch vernünftig entlohnt wird. Wir wollen daher einen höheren Mindestlohn und weniger Leiharbeit und Befristungen. Wir wollen, dass Lebensleistungen, die unentgeltlich erbracht werden – wie Kindererziehung oder die Pflege von Angehörigen – auch honoriert werden.

Gegen Altersarmut brauchen wir ein höheres Rentenniveau. Und wo es keine Arbeit gibt, dürfen Menschen nicht mit den Schikanen und niedrigen Sätzen von Hartz IV abgespeist werden. Unter den Parteien haben wir dafür das überzeugendste Angebot.

Interview: Susanne Lang